Mittag-Ausgabe.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerberstr.- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
C. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde von 9—11 Uhr Vorm.



Posener Zeitung

Hundertunddritter Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen
R. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil:
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 103.

Nr. 424

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Freitag, 19. Juni.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1896

Zum Kyffhäuser-Fest

wird telegraphisch unterm 18. d. Mts. Folgendes nachgetragen:

Die Fahrt des Kaisers von Roßla über Kelbra zum Kyffhäuser glich einer Triumphfahrt. Namentlich Kelbra ist prächtig geschmückt. Am Eingange des Städtchens ist eine Ehrenpforte errichtet, sie trägt einen Schild mit dem Willkommgruße „Heil Kaiser Dir!“ Die Straße ist zu beiden Seiten mit einer Doppelreihe von Tannenbäumen eingefaßt. Rechts und links sind zahlreiche Bühnen errichtet, auf einigen derselben hatten sich weißgekleidete Jungfrauen mit Blumenkörben aufgestellt. Auf der ganzen Feststraße ertönte endloser Jubel während der Anfahrt der Fürstlichkeiten. Das Kaiserzelt am Denkmale trägt auf seiner vorderen Spitze die Kaiserkrone, darunter einen Lorbeerkranz mit Schleifen in den preußischen Farben, welcher einen Schild mit dem Reichsadler krönt. Rechts und links am Zelte erglänzen in goldenen Lettern die Initialen des kaiserlichen Ahnen und Enkels W. I. und W. II. Im Innern ist das Zelt mit Purpur ausgeschlagen. Zu dem Podium, auf welchem die Sessel für die fürstlichen Herrschaften aufgestellt sind, führen 5 Stufen empor. Das Denkmal ist zu beiden Seiten mit Kriegerfahnen geschmückt, welche einst Kaiser Wilhelm I. den Vereinen verliehen hatte. Am Denkmal sind nur 2 Kränze zugelassen. Der eine vom bayerischen Veteranen-, Krieger- und Kampfgenossenbund mit einer Schleife in den bayerischen Landesfarben ist unter dem Reiterstandbild niedergelegt. Der andere ein Eichenkranz vom Kriegerverein zu Memel vor dem Kaiserzelte liegend ist der historischen Eiche entnommen, unter welcher die Königin Luise im Jahre 1806 zu Memel gesessen und Kaiser Wilhelm I. als Kind vor ihr gespielt hat. Um 12 Uhr Mittags traf der Kaiser am Denkmale ein. Nach dem Abschreiten der Ehrenkompagnie wurde er von der Fürstin von Schwarzburg-Rudolstadt im Kaiserzelte empfangen und von den anderen Fürstlichkeiten begrüßt. Besonders herzlich war die Begrüßung mit dem Großherzog von Baden. Unmittelbar nach derselben erschien der Kaiser mit den Fürstlichkeiten auf der Plattform, wo alsdann der Festakt begann, über dessen Verlauf bereits berichtet wurde. Nachdem der Kaiser die Erlaubniß zur Uebergabe des Denkmals an die Oeffentlichkeit ertheilt hatte, ergriff Fürst Günther von Schwarzburg-Rudolstadt das Wort zu folgender Ansprache: „Nachdem Se. Majestät der Kaiser das Denkmal der Oeffentlichkeit übergeben haben, ein Denkmal, welches auf die große Vergangenheit unter dem erhabenen Kaiser Wilhelm dem Großen hinweist, fordere ich Sie auf, Ihr Augenmerk von der Vergangenheit auf die Gegenwart zu richten und des Herrschers zu gedenken, welcher jetzt die Geschicke Deutschlands lenkt. Ich benutze diesen erhebenden Anlaß, Sie aufzufordern, mit mir einzustimmen in den Ruf: Se. Majestät der Kaiser und König Wilhelm II. Hurrah! Hurrah! Hurrah!“ Nachdem darauf der Kaiser und die Fürstlichkeiten das Innere des Denkmals besichtigt hatten, erfolgte der Vorbeimarsch der Kriegervereine. Um 2 Uhr Nachmittag war derselbe beendet. Bald danach zog sich ein Gewitter zusammen; als der Kaiser und die übrigen Fürstlichkeiten gegen 3 Uhr in Rathsfeld eingetroffen waren, fiel heftiger Regen. Nach dem Frühstück in Rathsfeld verabschiedete sich der Kaiser und begab sich nach Frankenhausen, von wo er um 5 Uhr mittels Sonderzuges nach Kiel weiterreiste. — Der Gewitterregen beeinträchtigte die Nachfeier des sonst glänzend verlaufenen Festes.

Anläßlich der Denkmals-Einweihung hat der Kaiser eine größere Anzahl von Auszeichnungen verliehen. Es haben u. A. erhalten:

Den Rothen Adler-Orden 1. Klasse: Frhr. v. Wöllwarth-Lauterburg, erster Präsident des Württembergischen Kriegerbundes zu Stuttgart. Die Krone zum Rothen Adler-Orden 1. Klasse dem Vorsitzenden des Vorstandes des deutschen Kriegerbundes, General der Infanterie z. D. v. Spitz. Den Rothen Adler-Orden 2. Klasse mit Stern: Fürstlich Schwarzburgischer Wirklicher Geh. Rath und Staatsminister Starck zu Rudolstadt. Den Rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife: Kgl. Lotterie-Einnehmer und Stadtverordneter Darsch in Berlin. Den Rothen Adlerorden 3. Klasse: Kgl. Württ. Finanzr. u. Hauptm. d. L. a. D. Geyer zu Stuttgart. Den Rothen Adler-Orden 4. Klasse: Kaufmann Kahlert in Posen; Professor Geiger, Bildhauer und Maler in Wilmersdorf, Kr. Teltow; Bildhauer Vogel in Charlottenburg; Architekt Schmitz in Berlin; Landrath Dr. v. Dötinchem de Rande in Sangershausen. Das Ritterkreuz des Hohenzollernschen Hausordens: Professor Dr. Westphal in Potsdam. Den Kronen-Orden 2. Klasse mit dem Stern: Kgl. Bayer. Generallieutenant z. D. Ritter von Waagen in München. Den Kronen-Orden 2. Klasse: Fürstl. Schwarzb. Oberforstmeister und Vortr. Rath im Fürstl. Schwarzb. Ministerium Frhr. v. Ketelholdt in Rudolstadt. Oberst a. D. Rheinau zu Karlsruhe, Geheimer Bergrath Harz in Dortmund. Den Kronen-Orden 3. Klasse: Rechtsanwalt Windisch in Dresden; Kgl. Sächs. Lotterie-Einnehmer Tanner in Dresden; Fürstl. Schwarzb. Geh. Reg.-Rath und Landrath Klipsch in Frankenhausen; Kgl. Bayer. Hauptm. d. L. Waldecker in Darmstadt; Herzoglich Braunschw. Major d. L. a. D. Dr. Frühling in Braunschweig; Bildhauer Professor Hundrieser in Charlottenburg; Kanzleirath Stengel in Charlottenburg. Den Kronen-Orden 4. Klasse: Bürgermeister Lehmann in Kelbra; Amtsvorsteher Weber in Roßla; Amtsvorsteher Kleemann zu Berga. Außerdem wurden eine Anzahl Allgemeine Ehrenzeichen verliehen. Den Charakter als Oberstlieutenant erhielt der Geheime Bergrath Harz.

Deutscher Reichstag.

108. Sitzung vom 18. Juni, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst folgende von Antisemiten eingebrachte **Interpellation:** 1. Ist dem Reichskanzler bekannt geworden, daß der kaiserliche Telegraphenbeamte Kaiser am 10. Mai d. J. während ordnungsmäßiger Ausübung seines Dienstes im Annahmeraum des hiesigen Haupttelegraphenamtes durch den englischen Zeitungs-Korrespondenten Bashford beschimpft und thätlich beleidigt ist? 2. Weiß der Reichskanzler davon, daß der beleidigte Beamte durch Einwirkung des Staatssekretärs des Reichspostamtes Dr. v. Stephan veranlaßt worden ist, auf eine strafrechtliche Verfolgung zu verzichten und dem Beleidiger lediglich eine Geldbuße von 100 M. und eine mündliche Entschuldigung auferlegt worden ist?

Staatssekretär Dr. v. **Stephan** erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung bemerkt

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (Antis.): Wir haben die Interpellation eingebracht, um eine amtliche Auskunft über einen Fall zu erlangen, der seit einiger Zeit die öffentliche Meinung beunruhigt hat. (Gelächter.) Durch den Vorfall ist das deutsche Nationalgefühl aufs Schwerste verletzt worden (Lachen) und das Ansehen der deutschen Beamten dem Auslande gegenüber herabgesetzt worden. Eine amtliche Aufklärung ist noch nicht erfolgt, erst gestern Abend brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einen Bericht über den Vorfall aus der Feder des Herrn Bashford selbst, der also weiter keinen Werth hat. Es ist nicht wahr, daß wir diese Sache in antisemitische Entreprise genommen hätten, die Sache geht vielmehr alle deutschen Volksvertreter an. Redner giebt sodann eine ausführliche Schilderung des bekannten Vorfalls nach den Darstellungen antisemitischer Zeitungen. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, daß eine Untersuchung darüber eingeleitet ist, wer die Sache in die Presse gebracht hat. Dies würde doch allem die Krone aufsetzen. Herr Bashford besitzt großen Einfluß, er war der Vertrauensmann des Dr. Mackenzie unseligen Andenkens und hat mit dem Direktor Kayser die Verhandlungen über Südwestafrika geführt, durch die Deutschland so benachtheiligt wurde. Wenn die Darstellungen der Presse über den Fall richtig sind, so würde das Ansehen des Herrn Stephan vernichtet werden. (Gelächter.) Wir dürfen die Engländer nicht anders behandeln als Deutsche. Nun heißt es, daß man den Vorfall niedergeschlagen habe, um den festlichen Empfang der englischen Ingenieure nicht zu stören. Würden die Engländer aber in einem ähnlichen Fälle ebenso handeln? Durch solche Vorfälle muß das Ansehen Deutschlands herabsinken, und man kann sich nicht wundern, wenn die judo-magyarische Presse von den „deutschen Hundsfotten“ spricht. Mit Geld kann man eine Beamtenbeleidigung doch nicht sühnen. Eine andere Sühne, dem Engländer durch ein paar Unterbeamte etwas ad posteriosa zu appliziren, wäre am Platze gewesen. Wir haben einen Paragraphen in unserem Strafgesetzbuch, der lästige Ausländer ausweist, und lästiger kann doch keiner sein, als jemand, der deutsche Beamten auf die Finger schlägt. (Beifall bei den Antisemiten.)

Staatssekretär Dr. v. **Stephan**: Das Haus wird es mir Dank wissen, wenn ich nicht den hohen Ton des Vorredners anschlage, sondern nur auf die Sache selbst eingehe. Dem Vorredner würde ich in manchen seiner Ausführungen Recht geben, wenn die Voraussetzungen richtig wären. Dies trifft aber nicht zu, es wird ja oft das Unsinnigste geglaubt und einige untergeordnete Zeitungen haben den Sachverhalt gröblich entstellt. Doch ist es ja nur ein Theil des Publikums, das sich des Lesens dieser Zeilen schuldig macht. (Große Heiterkeit.) Zuerst haben diese Zeitungen verschwiegen, daß der Beamte den allerersten Anlaß zu diesem Zwiste gegeben hat. Es besteht die Bestimmung, daß Zeitungstelegramme nicht gleich bezahlt, sondern später berechnet werden können. Das erleichtert die Abfertigung, denn die Hauptsache ist doch, daß diese Telegramme so schnell wie möglich befördert werden. Das fragliche Telegramm zählte 1550 Worte, und der Beamte beförderte das Telegramm nicht sofort, sondern zählte dies lange Telegramm erst nach, was natürlich längere Zeit in Anspruch nahm. Zur Entschuldigung des Beamten muß ich hervorheben, daß er nicht seinen gewöhnlichen Dienst versah, sondern nur als Vertreter eines Sonntags am Schalter saß. Der Beamte ließ also das Telegramm ruhig liegen, anstatt es in den Apparat zu geben. Als Herr Bashford, der das erste Telegramm schon längst in London wähnte, sah, daß es nach einer halben Stunde noch immer dort lag, gerieth er natürlich in leicht begreifliche Erregung. Denn das Telegramm kostete 246 M., diese konnten ev. vergebens ausgegeben sein, wenn das Telegramm so spät befördert wurde. Herr Bashford schlug darauf erregt mit einigen Formularen auf den Tisch, den Beamten selbst hat er nicht geschlagen, den deutschen Beamten möchte ich sehen, der sich dies gefallen ließe! Mit dem Stock hat Herr Bashford auch nicht gedroht, denn er hatte gar keinen bei sich. (Heiterkeit.) Es ist auch nicht wahr, daß ich den Beamten veranlaßt habe, den Strafantrag zurückzunehmen. Dies hat der Beamte selbst gethan. Seit Jahren besteht eine Tradition in der Postverwaltung, daß in solchen Fällen die Beleidigung gesühnt werden kann dadurch, daß ein Beitrag in die Postkasse gezahlt wird. Es mag ja vorkommen, daß an den Postschaltern dann und wann eine Streitigkeit entsteht, wir haben rund 30 000 Telegraphenanstalten, wo Millionen Telegramme aufgegeben werden, die Beamten werden durch ihren Beruf schon leicht nervös, ebenso wie die Journalisten, die ja auch einen nervenanstrengenden Dienst haben, ein „genus irritabile vatum“. Es ist auch nicht richtig, daß fremde Einflüsse auf mich zu Gunsten des Herrn Bashford geltend gemacht worden sind. Ich kenne den Staatssekretär des Reichspostamtes genug, um zu wissen, daß sein Charakter fremden Einflüssen unzugänglich ist. (Heiterkeit und Beifall.) Eine Untersuchung wird in solchen Fällen gegen jeden eingeleitet, der nicht um Entschuldigung bittet. Dies hat Herr Bashford gethan, der Beamte hat die Klage zurückgenommen und selbst zu Protokoll gegeben, daß er hierzu von keiner Seite veranlaßt worden ist. Der Beamte ist auch nicht versetzt worden, sondern hat, da er ja lediglich als Stellvertreter fungirte, seinen alten Platz wieder eingenommen. Die Postverwaltung hat allerdings keine Berichtigung den Zeitungen eingesandt; wenn sie alle falschen Artikel widerlegen wollte, müßte sie ihr Personal verdoppeln. Was das Ansehen der Postverwaltung betrifft, das dem Abg. Liebermann v. Sonnenberg so am Herzen lag, so möge er dies ruhig der Postverwaltung selbst überlassen. (Beifall.) Daß das Ansehen der Postbeamten seit 25 Jahren ganz bedeutend gestiegen ist, darüber herrscht doch nur eine Stimme im ganzen Lande. Redner verliest zum Schluß die Bestimmung über das dienstliche Verhalten der Beamten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Werner** (Antis.) beantragt die Besprechung der Interpellation.

Dieser Antrag findet jedoch nicht die nöthige Unterstützung von 50 Abgeordneten, da außer den Antisemiten sich nur einige Konservative dafür erheben.

Abg. Dr. **Förster** (Antis.) bittet als Mitantragsteller um das Wort zur persönlichen Bemerkung.

Präsident **v. Buol** erklärt, daß dies nach der Geschäftsordnung nicht angänglich sei, und daß dieser Gegenstand jetzt erledigt wäre.

Es folgt die Berathung des **Antrages Graf Arnim** (Rpt.) und Gen., den Reichskanzler zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigung zu veranlassen, daß die Pfandbriefe der landschaftlichen Kreditinstitute von der Reichsbank zu den gleichen Bedingungen lombardirt werden wie die Reichsanleihen.

Abg. Graf **Arnim** (Rpt.) begründet den Antrag. In den Jahren 1866 und 1870 haben sich die Pfandbriefe besser bewährt, als die Staatspapiere. Die Landschaften legen alle ihre Ueberschüsse in den Reservefonds, bieten also eine große und sichere Garantie. Die Zinsrückstände bei den Landschaften rühren lediglich daher, daß die Grundbesitzer von den Landschaften mehr Nachsicht verlangen. Wenn die Landschaften oft hineingefallen sind, so geschah es wegen dieser zu großen Nachsicht. Man sollte sich hüten, den Haß und Neid zwischen den einzelnen Ständen zu schüren, indem man das Großkapital dem landwirthschaftlichen Kapital gegenüberstellt. Wenn die Reichsbank den Unterschied zwischen den Pfandbriefen und den Staatspapieren bei der Lombardirung aufhebt, so würde der Kurs der Pfandbriefe dem der Staatspapiere gleich werden. Ich bitte Sie, den Antrag möglichst einstimmig anzunehmen.

Reichsbankpräsident Dr. **Koch**: Ob der beabsichtigte Zweck mit dem Antrag erreicht wird, ist mir zweifelhaft. Es ist ein durchaus unbilliges und unerhörtes Verlangen, daß die Reichsbank durch Aenderung ihrer Lombardpolitik den Marktwerth eines Papiers zu heben suchen soll. Die Reichsbank hat immer ein großes Entgegenkommen gegen landschaftliche Pfandbriefe gezeigt, sie hat jetzt allein 31 Millionen von ihr lombardirten Pfandbriefen. Das Verlangen des Publikums, sein Geld in Pfandbriefen anzulegen, ist erheblich gesunken, deshalb stehen die Pfandbriefe nicht in demselben Ansehen wie die Reichspapiere. Das Verhalten der Reichsbank hat einen nur geringen Einfluß auf den Kurs der Papiere. Das Lombardgeschäft darf auch nicht zu sehr in den Vordergrund gerückt werden, weil dann ein anderer Geschäftszweig der Reichsbank darunter leidet.

Abg. Graf **v. Mirbach** (kons.): Die Antragsteller haben sich an den Reichskanzler gewandt und nicht an den Reichsbankpräsidenten, bei dem sie doch nur wenig Wohlwollen finden. Der Antrag ist gestellt im Interesse des gesunden Kredits der Landwirthschaft. Wenn die Reichsbank bisweilen den landwirthschaftlichen Kreditinstituten beigesprungen ist, so hat sie damit nur ihre Pflicht gethan und sich den gegebenen Verhältnissen angepaßt. Wird unserm Antrag stattgegeben, so wächst der Kreis der Käufer der Papiere und es tritt eine ungeheure Preissteigerung ein. Natürlich haben die Antragsteller nur an die landschaftlichen Pfandbriefe gedacht, die eine genügende Garantie bieten. Eine absolute Sicherheit giebt es auf der Welt ja überhaupt nicht, diese bieten selbst die Staatspapiere nicht. Der Reichsbankpräsident meinte einmal, hinter den Reichs- und Staatspapieren steht die ganze wirthschaftliche Kraft des Landes. Damit kann doch nur Grund und Boden gemeint sein, denn das mobile Kapital ist bekanntlich international. Von dem Grund und Boden will freilich der Schutzverband gegen agrarische Uebergriffe mit der ungermanischen Heldengestalt Ludwig Bambergers an der Spitze nichts wissen. Ich persönlich bin ein Gegner der Konvertirung, ich halte aber doch einen Zinsfuß von 4 Proz. für zu hoch. Nimmt man eine Konvertirung zu 3 Proz. vor, so ist damit dem Bedürfniß der Landwirthschaft Genüge gethan. Nach meiner Ueberzeugung ist der Metallbestand der Reichsbank ein viel zu geringer, der persönliche Kredit, den uns die Reichsbank zur Verfügung stellen kann, genügt uns nicht.

Reichsbankpräsident Dr. **Koch** erklärt, daß der Reichskanzler ihn zum Kommissar bestellt habe und daß er dessen Intentionen zur Genüge kenne, um sie richtig zu vertreten. Wenn Graf Mirbach ihm den Vorwurf mangelnden Wohlwollens gegen die Landwirthschaft mache, so scheine dieser die Landwirthschaft mit dem Bimetallismus zu verwechseln. (Heiterkeit.) Er habe der Landwirthschaft jeder Zeit großes Wohlwollen entgegengebracht. Ueber die Prinzipien einer Bankverwaltung werde ich mich mit dem Vorredner niemals einigen können.

Abg. Dr. **Barth** (Freis. Vgg.): Es freut mich, daß die Bankverwaltung nicht bereit ist, der Absicht des Grafen Mirbach zu folgen und damit auf die Politik des französischen Ministerpräsidenten Meline herabzusinken. Der Angriff des Abg. Graf Mirbach auf unseren früheren Kollegen Ludwig Bamberger war nicht gentlemanlike. Die landschaftlichen Kreditinstitute dienen ausdrücklich nur landwirthschaftlichen Zwecken. Trotzdem ist es einmal in Schlesien vorgekommen, daß zu Agitationszwecken des Bundes der Landwirthe eine Summe von 3000 Mark gefordert wurde. Das ist ein Mißbrauch, den die Regierung verhüten sollte.

Abg. **Szmula** (Centr.) erklärt, daß die betreffende Landschaft berechtigt gewesen sei, die 3000 Mark zu Agitationszwecken zu verwenden, denn die Gläubiger, die die Pfandbriefe besitzen, würden dadurch nicht im Geringsten alterirt. Es habe sich um einen besonderen von den Grundbesitzern gebildeten Fonds gehandelt.

Abg. **Meyer**-Danzig (Rpt.) hält die Ausführungen des Reichsbank-Präsidenten in Betreff der Einwirkung der Lombardirungen auf den Kursstand für unzutreffend und erklärt sich für den Antrag.

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rpt.) hält den Antrag ebenfalls für durchaus gerechtfertigt.

Abg. **v. Staudy** (kons.) als Generallandschaftsdirektor der Provinz Posen polemisirt heftig gegen den Reichsbankpräsidenten

Dr. **Koch**, dessen Bemerkungen über die Landschaften seien geradezu unerhört und hätten den Zweifel erweckt, ob Dr. Koch überhaupt die hier zur Berathung stehenden Fragen beurtheilen könne. Die ostpreußischen Provinzen hätten ohne Staatssubvention die kleinen Besitzer unterstützt. Die Rede des Reichsbankpräsidenten bewegte sich ganz im Sinne eines Artikels der „Nation" des Dr. Barth, der von Unkenntniß und wenig Geist zeugte. Herr Dr. Barth ist stets für Belastungen der Landwirthschaft zu haben und hätte nichts dagegen, daß landwirthschaftliche Industrien unter die schärfste Kontrolle gestellt würden, die fast einer Expropriation gleich kämen, er sei aber nie gewillt, der Landwirthschaft eine entsprechende Kompensation zu gewähren. Ein Reichstagsabgeordneter hätte solche Artikel, wie die in der „Nation", nicht veröffentlichen sollen. Graf Limburg-Stirum hätte mit seiner neulichen Bemerkung im Abgeordnetenhause vollständig recht gehabt, die preußischen Interessen würden im Reiche thatsächlich nicht genügend gewahrt. Herr Koch möge sich erst über die Verhältnisse der preußischen Landschaften und Ritterschaften informiren, ehe er solche Reden hielte. Die Annahme des Antrages Arnim sei nur eine Forderung der Gerechtigkeit.

Abg. Graf **Mirbach** (kons.) polemisirt nochmals gegen den Reichsbankpräsidenten.

Abg. Dr. **Barth** (Frs. Vgg.) bemerkt, daß er nur dagegen aufgetreten sei, daß die Landwirthschaft auf Kosten der Allgemeinheit bevorzugt wird.

Reichsbankpräsident Dr. **Koch** verwahrt sich gegen die ihm gemachten Vorwürfe. Er könne dem vorliegenden Antrage um so weniger zustimmen, als er überzeugt sei, daß damit der Landwirthschaft kein Dienst geleistet werde. (Widerspruch rechts.) Er halte die Pfandbriefe an sich für durchaus zuverlässig, was schon daraus hervorgehe, daß bei der Reichsbank 31 Millionen davon verpfändet seien.

Hiermit schließt die Debatte.

Inzwischen ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung eingelaufen.

In seinem Schlußwort weist

Abg. **Gamp** (Rpt.) darauf hin, daß zu Anfang dieses Jahrhunderts, als Preußen darnieder lag, die ostpreußische Landschaft den Staat gerettet habe, indem sie sich mit vieler Mühe Geld auf ihre verschuldeten Güter aus Hamburg verschafft habe. Er halte die Pfandbriefe für eine Sicherheit erster Klasse; dieselben seien weit sicherer als alle Staatspapiere, namentlich in ernsten Zeiten. Redner, der unter allgemeiner Unaufmerksamkeit des Hauses über alle Einzelheiten spricht, die mit dem Antrage irgend in Verbindung stehen, wird fortwährend durch Schlußrufe unterbrochen. Redner schließt damit: Wenn Abg. Barth Staatsaufsicht für die Landwirthschaft verlangt, so möge er zunächst Staatsaufsicht für die Berliner Stadtverordneten-Verwaltung verlangen, die 30 bis 40 000 M. auf Kosten der Steuerzahler für Festessen und andere derartige Dinge ausgebe. Der Artikel der „Nation" des Abg. Dr. Barth über die Landschaften sei frivol.

Präsident **v. Buol** rügt letzteren Ausdruck.

Abg. **Gamp** bittet die Rüge zurückzunehmen, da Dr. Barth selber erklärt habe, der „Nation" fern zu stehen.

Präsident **v. Buol** erklärt dies zunächst für unthunlich; er werde den Wortlaut des Stenogramms einsehen.

Abg. Graf **Mirbach** (kons.): Der Abg. Dr. Barth hat mich beschuldigt, ich hätte mich dem früheren Abg. Bamberger gegenüber nicht gentlemanlike benommen. Ich habe in Folge dessen das Einzige gethan, was mir zu thun übrig blieb. Ich habe meinen Freund Kardorff zu Dr. Barth geschickt und ihn aufgefordert, diese Bemerkung, die mich persönlich verletzt, zurücknehmen, oder diejenige Satisfaktion zu geben, die unter Ehrenmännern üblich ist und (Gelächter links.) Die Anschauungen sind eben verschieden. Herr Dr. Barth hat beides verweigert. Er scheidet also für mich aus der Reihe der Gentlemen aus. (Unruhe links.)

Abg. Dr. **Barth** (Frs. Vgg.): Ich glaube, die Ausführungen des Grafen Mirbach haben aufs Neue bewiesen, wie recht ich hatte, als ich bezweifelte, daß er sich immer als Gentleman benimmt.

Die **namentliche Abstimmung** über den Antrag Graf Arnim ergiebt, daß **72 Abgeordnete für, 112 gegen** denselben gestimmt haben; **das Haus ist also bei Anwesenheit von nur 184 Mitgliedern nicht beschlußfähig.** Die Sitzung muß abgebrochen werden.

Für den Antrag stimmten außer den beiden konservativen Parteien und den Antisemiten nur einige wenige Nationalliberale und Centrumsmitglieder, sowie Prinz **Hohenlohe-Schillingsfürst** (bei keiner Partei) dagegen alle übrigen Parteien.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Zweite Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches und Gesammtabstimmung über die Novelle zur Gewerbeordnung. Schluß 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom 18. Juni, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Der Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Hypothekenämter im Geltungsbereich des rheinischen Rechts wird in dritter Berathung nach unerheblicher Debatte angenommen.

Es folgt die Berathung über die Denkschrift des Landwirthschaftsministers, betreffend das Bernsteinregal.

Abg. Dr. **Irmer** (kons.): Ich will auf die Einzelheiten des Prozesses Westphal-Becker nicht eingehen, denn diese sind durch die Presse genügend bekannt geworden, und zudem schwebt die Sache noch. Es wurde auch behauptet, daß der Staat in ungerechter Weise die Machenschaften der Firma Stantien und Becker begünstigt habe. Diese Behauptung ist durch die Denkschrift widerlegt worden. Da das ganze Terrain, wo Bernstein gefunden wird, fast ausschließlich der Firma Stantien und Becker gehört, blieb der Regierung nicht anderes übrig, als dieser Firma das Monopol zu übertragen, wenn sie nicht auf die hohe Pacht von 700 000 Mark verzichten wollte. Wir haben diese Sache hier überhaupt nur zur Sprache gebracht wegen der empörenden Aeußerungen, die der Geheime Kommerzienrath Becker über unsere Beamten gethan hat, Aeußerungen, die das öffentliche Bewußtsein aufs Schwerste gereizt und einen lebhaften Wiederhall in der Volksseele gefunden haben. (Beifall.) Herr Becker hat u. a. gesagt, daß bei uns ähnliche Verhältnisse herrschten wie in Rußland. Man weiß ja, was damit gemeint ist, es giebt viele Leute, die der Meinung sind, daß die russischen Beamten sich bestechen lassen und betrügen; natürlich will ich über einen Staat, mit dem wir in Bundesgenossenschaft stehen (Heiterkeit), nun ja, durch die Handelsverträge, — so etwas nicht behaupten. Ich glaube deshalb, daß die Regierung denjenigen zur Verantwortung ziehen muß, der solche Aeußerung über unsere Beamten gethan hat. Namens meiner Freunde erkläre ich nun, daß aus der Denkschrift der Staatsregierung nichts hervorgeht, was die Regierung irgendwie belastet, aber ich bitte doch den Minister alles zu thun, um zu hindern, daß das Monopol der Firma Stantien u. Becker noch weiter verlängert wird.

Abg. Dr. **Krause** (nl.): Ich habe diese Angelegenheit schon früher zur Sprache gebracht und damals eine Menge thatsächlichen Materials vorgelegt. Damals hat man meinen Worten nicht geglaubt, ich empfinde deshalb eine lebhafte Genugthuung darüber, daß durch den Prozeß meine damaligen Behauptungen erhärtet wurden. Der Vertrag begünstigte die Firma Stantien u. Becker in jeder Weise. So gilt die Bestimmung, daß, um Imitationen zu verhindern, jedes Stück Bernstein, auch wenn es nicht auf dem Grund der Firma gefunden wurde, erst der Firma vorgezeigt werden mußte, die jetzt selbst die größte Fabrikation von Imitationen errichtet hat. (Hört, hört!) Die Regierung hat die Firma von jeher in jeder Beziehung begünstigt. Nicht blos Westphal, sondern auch bekannte ehrenhafte Leute, wie der Kaufmann Bernhardt Liedke in Königsberg haben schon früher auf die Machinationen der Firma hingewiesen. Der Minister von Heyden erwiderte auf meine Bemerkungen, es müßte jedem Geschäft überlassen werden, mit wem es Geschäfte machen wollte, und stellte den Kommerzienrath Becker als besonderen Gentleman dar. (Hört, hört!) Der Minister meinte auch, man müsse den amtlichen Berichten mehr glauben, als meinen privaten Mittheilungen. Die Regierung hat die Firma stets mit dem größten Wohlwollen behandelt. Jetzt ist gerichtlich erwiesen, daß diese Firma in unlauterer und eigennütziger Weise ihr thatsächliches Monopol ausgebeutet hat. Redner geht auf Einzelheiten ein und weist nach, daß auch die Ausschreibung des neuen Vertrages ganz auf die Firma Stantien und Becker zugeschnitten sei. Ich kann der Regierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich in einem unbegreiflichen Irrthum befunden hat über die Person des Inhabers der Firma, und daß sie in ganz unzureichender Weise die Aufsicht über den Betrieb, besonders den Baggereibetrieb vernachlässigt hat. Auch hat sie Alles, was ihr der Kommerzienrath Becker mitgetheilt hat, für baare Münze genommen und hat das, was andere Leute gesagt haben, nicht geglaubt. Das Monopol der Firma hat die wirthschaftlichen Interessen von tausend kleinen Leuten geschädigt; dies hätte man schon aus patriotischem Gefühl nicht zulassen sollen. Vielleicht hat die Regierung nur aus bureaukratischer Bequemlichkeit gehandelt; jedenfalls hat sie stets den fiskalischen Standpunkt zu sehr betont. Der jetzige Landwirthschaftsminister steht der Sache ja ganz unbefangen gegenüber, möge er das thun, was zum Besten des Landes nöthig ist. (Beifall.)

Landwirthschaftsminister Frhr. **v. Hammerstein:** In der Denkschrift habe ich Ihnen in loyalster Weise die Schriftstücke über diese Angelegenheit mitgetheilt, ohne irgend welche Reflexionen daran zu knüpfen. Es ist darin klar ausgesprochen, daß wir wünschen, daß alle Verhandlungen hierüber dem Hause offen vorgelegt werden, damit es sich ein Urtheil bilden kann. Wäre das richtig, was der Vorredner sagte, so hätte man annehmen müssen, daß die Firma von dem ihr günstigen Vertrag unter keinen Umständen zurücktreten würde. Neuerdings hat aber die Firma von ihrem Recht Gebrauch gemacht und den Vertrag gekündigt. Wenn man sich vergegenwärtigt, was der Staat früher und was er jetzt aus dem Bernsteinmonopol für Vortheile hat, so wird man anerkennnen, daß das eine wichtige Finanzfrage ist. Die Einnahmen sind seit 10 Jahren von 30 000 auf 700 000 M. gestiegen. Würde der Vertrag mit Stantien und Becker nicht bestehen, so würde nicht nur der Staat viel verlieren, sondern es würde auch der Preis des Bernsteins steigen, und die Imitation wäre noch größer. Die Bernsteingewinnung ist abhängig von dem Besitzer des Bodens, dem gegenüber der Staat ein Expropriationsrecht nicht besitzt. Sowohl die landwirthschaftliche Verwaltung wie die Regierung hat die fiskalischen, die volkswirthschaftlichen und die industriellen Interessen voll gewahrt, es ist genau darauf geachtet worden, daß die Firma ihre Verpflichtungen erfüllte, und weiter stand dem Staat kein Recht zu. Im übrigen ist das gerichtliche Verfahren noch nicht beendet, da Revision eingelegt ist. Wir sollten hier im Hause nicht eine Sache behandeln, die noch Gegenstand des gerichtlichen Verfahrens ist, und vor allen Dingen nicht Thatsachen als erwiesen annehmen, die noch das Gericht entscheiden wird. Die landwirthschaftliche Verwaltung hat sich doch nur nach den Berichten zu richten, nicht aber nach dem, was ihr von der Presse oder sonstwo mitgetheilt wird. Ich muß deshalb die von dem Vorredner erhobenen Vorwürfe zurückweisen. Es steht doch noch nicht fest, ob das, was Herr Becker über die Beamten gesagt hat, auch eine thatsächliche Unterlage hat. Die Staatsregierung hatte alle Veranlassung, mit dem Herrn Becker in einen Vertrag zu treten, weil er die nöthige Intelligenz und das nöthige Kapital besaß. Wir werden alles aufbieten, um festzustellen, ob die Behauptung der Firma in Bezug auf die Beamten auch nur einen Kern einer thatsächlichen Unterlage hat. Ist dies der Fall, so werden wir mit aller Strenge einschreiten. (Beifall.) Vor allem aber wollen wir das Erkenntniß der zweiten Instanz abwarten, um volle Klarheit zu gewinnen. Bis jetzt sind denjenigen Beamten, die Verhandlungen in dieser Frage geführt haben, die Vorwürfe nicht zur Last zu legen, die Westphal in leichtsinniger Weise erhoben hat, und ich kann nicht begreifen, daß man in Wahrnehmung berechtigter Interessen handeln soll, wenn man ehrenwerthe Beamte besudelt. Diesen Ausspruch der ersten Instanz kann ich nicht als berechtigt anerkennen. (Beifall.)

Abg. **v. Riepenhausen** (kons.) begrüßt die Erklärung des Ministers mit Freuden. Ich freue mich, daß keine Kritik an einem Gerichtserkenntniß geübt werden soll, und daß der Minister dies bestätigt hat. Aber ich möchte dem Kollegen Krause darin beistimmen, daß er schon 1890 als Mitglied der Petitions-Kommission auf die Mißstände hingewiesen hat. Heute nach 6 Jahren ist wohl Niemand im Hause, der den Rückgang der Bernstein-Industrie leugnen wird. Der Firma Westphal ist nichts Unloyales nachgewiesen worden. Ich stimme mit dem Minister darin nicht überein, daß er das Verhalten Beckers nur als ein bischen Protzenthum bezeichnet. Wenn das wahr ist, was vor Gericht zur Sprache gekommen ist, so liegt doch unendlich viel mehr vor als Protzenthum, es liegen Beschimpfungen der Beamten vor. Es wäre schlimm, wenn heute, wo das Bürgerliche Gesetzbuch berathen werden soll im Reichstag, hier irgend ein Schatten auf unsere Rechtssprechung fallen sollte. Der Reichstag läßt sich nicht verdrießen, bei der großen Hitze die Maschine in Gang zu halten. (Abg. **Rickert:** Lassen Sie den Reichstag doch seine Sache allein machen.) Ein großer Theil der Bernstein-Industrie ist ruinirt. Es ist festgestellt, daß Becker sich gerühmt hat, er habe den ganzen Staat in seiner Tasche und er habe Beamte bestochen. Redner geht die gerichtlichen Feststellungen des Prozesses durch. Becker hat sich nicht gescheut, Beamte zu täuschen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß es der Regierung gelingen möge, daß die Sache endlich aus der Welt geschafft wird zur Ehre für unsere Beamten.

Geheimrath **Tetzlaff** hat nicht erwartet, daß Abgeordneter Krause sich auf die vielfach unrichtigen im Prozeß vorgebrachten Behauptungen beziehen würde. Er hat sich u. a. auch nicht versagen können, sich auf § 12 der früheren Strandpachtordnung zu beziehen, wonach die Pächter der Firma Stantien und Becker den Bernstein zum Kauf anbieten mußten. Die Firma hätte dann selbst Imitations-Fabrikation betrieben. Damals bestand aber die Fabrik noch gar nicht. Auch ist der Strand nicht mehr in Folge von Petitionen verpachtet worden. Der Abgeordnete Krause hätte sich bei seiner Zahlenangabe über die Arbeiter sagen müssen, daß die Sache ihren Haken hat, wenn er auf die Differenz von 700 Arbeitern, die über 1300 beschäftigt worden seien, hinweist. Es sind in der That 2000 Arbeiter, wenn auch nur zeitweise, beschäftigt worden, denn es werden bei den Berufsgenossenschaften nur die dauernd beschäftigten Arbeiter angegeben. Redner protestirt schließlich dagegen, daß Abgeordneter Krause in so wegwerfender Weise von den Angaben der Regierungskommissarien gesprochen habe.

Abg. **Rickert** (Freis. Ver.) protestirt gegen die Kritik, die Abg. v. Riepenhausen an der Thätigkeit des Reichstags scheine üben zu wollen. Der Minister hat vor einer Kritik des Urtheils gewarnt, aber er hat selber Kritik geübt. Man hat keinen Grund, so über das Urtheil zu sprechen, wie es am Regierungstisch geschehen ist. Ich bitte den Minister, den Wortlaut des Erkenntnisses und des Reichsgerichtsurtheils uns zugängig zu machen. Es liegen eben beeidigte Aussagen vor, gerichtliche Feststellungen, mit denen sich die Revision nicht zu beschäftigen hat. In den letzten Tagen habe ich einen Brief von der Firma Rettig, Stellmacher u. Comp. in Danzig erhalten, die sich darüber beschwert, daß die Firma Stantien und Becker über sie die Bernsteinsperre verhängt habe. Becker erzeuge selbst Unmengen von Imitation und wolle die Firma Rettig, Stellmacher u. Comp. ruiniren. Die neueste Königsberger Parole laute, daß jetzt auch nicht fertige Waare mehr an Stellmacher geliefert werden dürfe, sonst werde an die Lieferanten kein Rohmaterial mehr geliefert. Die Firma hat nach Angabe des Ministers den Vertrag gekündigt. Ich weiß nicht, ob man dies nicht acceptiren soll. Den Ausfall wird ein Staat wie Preußen zu tragen wissen.

Minister Frhr. **v. Hammerstein** erklärt, der Brief der Firma Stellmacher liege dem Ministerium vor und es sei Bericht darüber in Königsberg erfordert worden.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.): Man braucht nicht alles für wahr anzunehmen, was in dem Urtheil über die Beamten festgestellt ist. Wir sind aber wohl alle einig darüber, daß energisch eingeschritten wird, wenn die Beamten wirklich beleidigt sind. Die wirthschaftliche Frage ist viel schwieriger. Die Budgetkommission ist darüber eine viel wichtigere Instanz als der Gerichtshof, denn wir haben viel mehr Material als diese Herren. Vielfach steht Behauptung gegen Behauptung, z. B. in der Frage der Imitation. In der ethischen Frage wünschen wir auch Remedur, falls wirklich unverschämte Aeußerungen gegen Beamte gefallen sind.

Abg. Dr. **Krause** (natl.) verwahrt sich gegen die Angriffe des Kommissars. Es ist mir peinlich, daß mir versteckte Angriffe vorgeworfen werden. Ich habe keinen Anlaß zu diesem Vorwurf gegeben und wäre Manns genug, deutlich dergleichen auszusprechen. Herr Tetzlaff hat selbst am 23. Mai 1890 zugegeben, daß nach 1885 die Firma Stantien und Becker selbst Imitationen in den Handel gebracht hat. Was ich in meinem Bericht 1890 gesagt habe, ist später durch das Erkenntniß Schritt für Schritt bestätigt worden. An dem Ergebniß des Urtheils haben wir kein Interesse, nur an den im Prozeß erörterten Thatsachen, und diese können wir zum Ausgangspunkt unserer Erörterungen machen. Westphal soll wegen Beleidigung Beckers keinen Bernstein bekommen haben, während feststeht, daß er ihn deshalb nicht bekommen hatte, weil er den bekannten Vertrag nicht unterzeichnen wollte, von dem das Gericht sagte, das ihn ein anständiger Geschäftsmann nicht unterzeichnen kann. Ferner steht fest, daß Becker die Frechheit gehabt hat, einem Oberbeamten die Entlassung eines Unterbeamten zuzumuthen, weil er ihm Schwierigkeiten gemacht hatte. Hier mußte die Aufsichtsbehörde einschreiten; dies unterblieb, und so wurde Beckers Stellung gestärkt. Ich glaube also, mit meinen Ausführungen nicht zu weit gegangen zu sein. (Beifall.)

Geheimrath **Tetzlaff** verweist den Abg. Krause auf den stenographischen Bericht; er habe nicht von versteckten Angriffen gesprochen. Im Uebrigen führt er aus, Becker habe immer nur da die Abgabe von Bernstein verweigert, wo derselbe zu Imitationen habe dienen sollen.

Damit ist die Berathung erledigt.

Es folgen Berichte über Petitionen.

Eine Petition von Helene Lange und Marie Mellien in Berlin um Zulassung der Frauen zum Apothekerberuf wird der Regierung zur Erwägung überwiesen; desgl. die Petition von Lohmann und Gen. in Brilon um Bewilligung von Diäten für ihre Theilnahme an den Arbeiten für die erste Veranlagung der Ergänzungssteuer und die Petition der Stadt und Handelskammer Krefeld um Errichtung eines Landgerichts in Krefeld.

Bei Berathung einer Petition des Stadtverordneten Fuchs und Genossen in Wittkowo um Errichtung eines Amtsgerichts daselbst, wird vom Regierungstisch die Mittheilung gemacht, daß die Regierung hoffe, nach Beseitigung von gewissen Umständen dem Landtag eine Vorlage über die Errichtung eines Amtsgerichts in Wittkowo machen zu können. Ueber die Petition wird zur Tagesordnung übergegangen.

Die Petition der Interessenten der Bielenberger Deichschauvereinigung, betreffend die Vertheilung der Deichlasten wird der Regierung theils zur weiteren Prüfung, theils zu eventueller Berücksichtigung überwiesen.

Die Petition der Handelsgärtner in Deutschland, betreffend Heranziehung der Kunst- und Handelsgärtner zur Gewerbesteuer wird der Regierung — entgegen dem Kommissionsbeschluß — auf Antrag des Abg. **Ring** (kons.) zur Berücksichtigung überwiesen.

Hierauf wird die Petition des Vorsitzenden des Freien Lehrervereins in Düsseldorf um Gleichstellung der Ferien an Stadt- und Landschulen des Regierungsbezirks Düsseldorf mit denen der höheren Lehranstalten berathen.

Abg. **Kirsch** (Ctr.) beantragt, entgegen dem Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. **Wetekamp** (Freis. Volksp.) weist darauf hin, daß die Zahlenangabe des Kommissionsberichts über die Ferientage nicht stimmt; es müsse 53, nicht 59 heißen. Es sei erwünscht, die Ferien an höheren Lehranstalten mit denen der Volksschulen gleichzulegen, da sonst viele Eltern wieder auf Vermehrung der Vorschulen hindrängen würden. Gegen den Uebergang auf Tagesordnung wolle Redner nicht sprechen, weil der Regierungs-Kommissar in der Kommission hervorgehoben habe, daß Erhebungen über die Herbeiführung der erwünschten Gleichmäßigkeit der Ferien schweben.

Abg. **v. Eynern** (nl.) schließt sich dem Vorredner an.

Der Antrag Kirsch findet nicht die nöthige Unterstützung; es bleibt daher beim Kommissionsbeschluß.

Die Petition der Einwohner der Gemeinde Kollmoor im Kreise Steinburg um Gewährung einer Beihilfe aus Staatsmitteln zur Verstärkung und Erhöhung der dortigen Deiche wird zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Petitionen des Redakteurs Büttner in Charlottenburg und anderer, betr. die Aufbesserung der Verhältnisse der Kanzleigehilfen bei den Gerichten werden, soweit sie die etatsmäßige Anstellung betreffen, zur Erwägung und im übrigen zur Berücksichtigung überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr (Petitionen).

Schluß $3^{1}/_{2}$ Uhr.

Herrenhaus.

17. Sitzung vom 18. Juni, 1 Uhr.

Die Petition um Fortführung der Bahnstrecke Kornatowo—Culm nach Unislaw wird der Regierung als Material überwiesen. Der Bericht über die Verwendung des vom Staat bereit gestellten Fonds von 5 Millionen zur Förderung des Baues von Kleinbahnen wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Die Petition des Dr. Sternberg um Anerkennung

seines Klageanspruchs in der in seiner Entmündigungssache erhobenen Anfechtungsklage wird ohne Diskussion für erledigt erklärt, ebenso die Petition betr. die Herbeiführung von Maßregeln zum Schutze des gewerblichen Mittelstandes gegen die Konkurrenz von Waarenhäuser 2c.

Es folgt die Berathung über den **Antrag des Grafen zu Stolberg-Wernigerode** und Gen. um **Verbot der Einfuhr russischer Schweine nach Oberschlesien** zur Verhinderung der Einschleppung von Viehseuchen, sowie um **Ermäßigung der Eisenbahnfrachtsätze für die Einfuhr von Schweinen aus den preußischen Ostprovinzen nach dem oberschlesischen Industriebezirk.**

Der Antragsteller führt zur Begründung seines Antrages aus, daß durch die gestattete Einfuhr eines bestimmten Kontingents lebende Schweine aus Rußland nach Oberschlesien trotz aller Vorsichtsmaßregeln die Einschleppung von Viehseuchen herbeigeführt werden könne. Es sei deshalb wünschenswerth, daß die Einfuhr untersagt und daß man den Bedarf durch inländische Schweine decke. Hier würden ermäßigte Staffeltarife aus den östlichen Provinzen nach Oberschlesien erforderlich sein.

Landwirthschaftsminister Freiherr **v. Hammerstein:** Dasselbe Experiment, das jetzt verlangt wird, ist schon einmal gemacht und hat damals eine erhebliche Vertheuerung des Schweinefleisches verursacht. Um eine solche Preissteigerung zu verhüten, muß man allmählich vorgehen. Es ist deshalb die Einrichtung getroffen worden, daß für die Schlachthäuser in Schlesien ein bestimmtes Kontingent der einzuführenden Schweine festgesetzt ist. Es ist auch unbestritten, daß von den aus Rußland kommenden Schweinen eine so große Seuchengefahr droht, daß die deutsche Regierung durchaus befugt ist, allmählich eine vollständige Sperre eintreten zu lassen. Betreffs der Tarifermäßigungen erklärt der Minister, daß die bestehenden Staffeltarife um 50 pCt. ermäßigt werden würden.

Graf **Pückler-Burghaus** und Oberbürgermeister **Bräsicke** sprechen ihre Zufriedenheit mit den entgegenkommenden Erklärungen des Ministers aus.

Graf **v. d. Schulenburg-Beetzendorf** erklärt, daß der Antrag Stolberg nach den Erklärungen des Ministers überflüssig sei. Er empfiehlt daher dem Antragsteller, den Antrag zurückzuziehen und sich mit den Erklärnngen des Ministers zufrieden zu geben.

Oberpräsident Fürst **Hatzfeldt**-Trachenberg tritt für vollständige Sperrung der russischen Grenze ein, weil sonst die Seuche im Inlande nicht wirksam bekämpft werden könne.

Graf **Klinckowström** bemerkt, daß durch die Erklärungen des Ministers dem Antrag Stolberg, welcher weitergehende Forderungen enthalte, nicht Genüge geschehen sei. Redner bittet, den Antrag Stolberg in beiden Punkten anzunehmen.

Graf **Pückler** beantragt besondere Abstimmung über beide Punkte des Antrags Stolberg.

Darauf werden beide Theile des Antrages angenommen. Der Antrag wird sodann sogleich in zweiter Lesung erledigt.

Die Petition um Aufnahme eines die Pensionszahlung an die städtischen Beamten regelnden Zusatzes in den § 59 der rheinischen Städteordnung vom 15. Mai 1856 wird der Regierung als Material überwiesen, ebenso Petitionen um Abänderung des Gesetzes vom 23. Juli 1893, betr. Ruhegehaltskassen für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Petitionen.)

Deutschland.

L. C. **Berlin,** 18. Juni. Im Herrenhause haben heute die Agrarier mit einem großen Aufwand von Beredtsamkeit offene Thüren eingestoßen. Der Antrag Graf Udo zu Stolberg auf Sperrung der russischen Grenze für die Schweineeinfuhr und auf Ermäßigung der Eisenbahnfrachtsätze für die Einfuhr von Schweinen nach Oberschlesien aus den preußischen Ostprovinzen wurde nach kurzer Debatte in 1. und 2. Berathung angenommen, obgleich der „Reichsanzeiger“ gestern schon die Bekanntmachung des Regierungspräsidenten von Oppeln veröffentlicht hat, welche im Wesentlichen dem Antrage entspricht. Vom 15. Juli ab ist die Schweineinfuhr nach Oberschlesien von 1900 auf 1360 Stück wöchentlich herabgesetzt und die Eisenbahnfracht aus Schlesien, Posen, Brandenburg und dem Reg.-Bezirk Marienwerder vom 1. Juli ab um 50 Proz. ermäßigt. Selbstverständlich wurde die Maßregel, von der die Agrarier eine Steigerung des Preises des Schweinefleisches erwarten, mit Gesundheitsrücksichten begründet. Treffend führte Oberbürgermeister Bräsicke aus, der inländische Schweinehandel leide am meisten unter den weit über das Nothwendige hinausgehenden veterinärpolizeilichen Vorschriften, die dem Händler erhebliche Kosten verursachen, die er natürlich auf die Produzenten abwälze.

— Die nationalliberalen Abgg. Freiherr Heyl zu Herrnsheim, Bassermann und Hofmann (Dillenburg) haben den Antrag eingebracht, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei der in Aussicht genommenen Revision des Gesetzes vom 22. Juni 1889 betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung in Erwägung auch darüber einzutreten, ob nicht die im § 1 Nr. 2 dieses Gesetzes festgesetzte Versicherungspflicht dahin zu erweitern sei, daß auch die Betriebsbeamten und Handlungsgehilfen mit einem Gehalt von 2000 bis 4000 Mark in die Versicherungspflicht einzubeziehen sind, unter Schaffung einer besonderen Gehalts- und Beitragsklasse, jedoch mit Beseitigung der Beitragspflicht des Reiches zu den Renten.

— Zu dem Freitag Abend stattfindenden Diner bei dem Reichskanzler zu Ehren des außerordentlichen chinesischen Botschafters Li-Hung-Tschang sind Einladungen an die Staatsminister, Staatssekretäre, die chinesische Gesandtschaft und an das Gefolge des Vizekönigs ergangen. — Li-Hung-Tschang wird voraussichtlich auf der Rückfahrt von Hamburg nach Berlin am 26. d. Mts. für kurze Zeit in Friedrichsruh Halt machen, um dem Fürsten Bismarck einen Besuch abzustatten. — Zu der Meldung, Frankreich habe dem chinesischen Vizekönig nahegelegt, China möge seine bisherigen deutschen Lieferanten für Kriegsschiffe, Waffen und Munition fallen lassen und dafür die französischen Angebote annehmen, schreibt die „Post“, sie habe Grund, anzunehmen, daß solche Versuche, Deutschland zu schädigen, auch in Zukunft wenig erfolgreich sein werden.

— Der japanische Abgesandte, Feldmarschall Yamagata reiste am Mittwoch nach Marseille ab.

— Eine erneute Prüfung der Verhältnisse der mit Schullehrer-Seminaren verbundenen Präparanden-Anstalten hat der „Berl. Corr.“ zufolge dahin geführt, diejenigen Anstalten der bezeichneten Art als öffentliche Anstalten anzuerkennen, bei welchen in Uebereinstimmung mit den vom Kultusminister für die Organisation solcher Anstalten früher aufgestellten Grundsätzen, namentlich für die innere und äußere Leitung der maßgebende Einfluß der Schulbehörde in jeder Beziehung gesichert ist. Den vollbeschäftigten Lehrern an derartig organisirten Seminar-Präparandenanstalten ist die an denselben abgeleistete Dienstzeit bei Gewährung von Alterszulagen und bei der Pensionirung als im öffentlichen Schuldienst zugebracht anzurechnen. Der vielfach beklagte Uebelstand, daß nicht immer geeignete Lehrer für die Seminar-Präparandenanstalten zu finden oder daran für längere Zeit zu halten sind, wird unter diesen Umständen voraussichtlich in Zukunft weniger hervortreten.

— Aus unseren Kolonien. Nach einem Donnerstag bei dem Auswärtigen Amte eingegangenen Telegramm des kaiserl. Landeshauptmanns Major Leutwein vom 20. Mai wurde Kahimema und der ganze Khauas-Stamm gefangen, Nicodemas hat sich freiwillig gestellt. Der Krieg ist vorläufig beendigt.

— Die Affäre Wehlan. Gegen das am 7. Januar d. Js. von der Potsdamer Disziplinarkammer gegen den stellvertretenden Kanzler von Kamerun, Assessor Wehlan, gefällte Urtheil, das über den Angeklagten wegen Dienstvergehens zur allgemeinsten Ueberraschung nur Versetzung in ein anderes Amt unter Beibehaltung der gleichen Rangstufe und eine Geldstrafe von 500 Mark verhängte, war bekanntlich von dem vom Auswärtigen Amte in der Angelegenheit bestellten Staatsanwalt Legationsrath Rose Berufung eingelegt worden. In Folge dessen wird die Angelegenheit vor dem kaiserlichen Disziplinarhof beim Reichsgericht zur Verhandlung kommen. Der kaiserliche Disziplinarhof tritt, wie das „Leipz. Tagebl.“ mittheilt, voraussichtlich in der ersten Hälfte des Monats Juli zu diesem Zwecke zusammen.

W. B. **Würzburg,** 18. Juni. Gestern Abend fand in den festlich geschmückten städtischen Sälen die Begrüßung der Delegirten zum Verbandstage der deutschen Frauen-Hilfs- und Pflegevereine unter dem Rothen Kreuz, sowie der hiesigen Vereinsmitglieder statt. In der heutigen Sitzung begrüßte Bürgermeister Dr. v. Steidle die Versammlung Namens der Stadt; der Delegirte des preußischen Vaterländischen Frauen-Vereins, Geh. Regierungsrath Dr. Hassel dankte im Namen des Verbandstages. Zu Präsidenten wurden gewählt: Geheimrath Dr. Hassel-Preußen, General-Major z. D. Keim-Bayern und Geheimrath Sachs-Baden. Der preußische Staatsminister a. D. Hoffmann begrüßte die Versammlung im Namen der Kaiserin, Generalmajor Keim im Namen der Prinzessin Ludwig von Bayern und Geheimrath Sachs im Namen der Großherzogin von Baden. Staatsminister Hoffmann wurde zum Ehrenpräsidenten gewählt. Die Versammlung beschloß, an die Kaiserin und an den Prinzregenten Luitpold Huldigungstelegramme zu richten, sowie an andere hohe Protektorinnen telegraphische Grüße zu senden. Sodann wurde die Aufnahme der Vertreter des mecklenburgischen Frauenvereins in den ständigen Ausschuß, sowie die Anbahnung von Maßnahmen zum Schutze des Rothen Kreuzes gegen Reklameausnutzung beschlossen. Ferner stimmte die Versammlung den Anregungen zur Organisation der Frauenvereinshilfe bei Unfällen in Verbindung mit den Berufsgenossenschaften und den Anregungen zur Begründung von Volksheilstätten zu.

Vermischtes.

† **Bismarck's Koch verhaftet!** Der Küchenchef des Fürsten Bismarck ist, wie dem „B. Tgbl.“ geschrieben wird, am Dienstag im Schlosse zu Friedrichsruh verhaftet und am Mittwoch in das Untersuchungsgefängniß von Altona eingeliefert worden; er ist der Untreue, des Diebstahls und des Sittenverbrechens beschuldigt. Der Verhaftete nannte sich beim Antritt des Dienstes in Friedrichsruh und seither Hugo Leischan, während er in Wirklichkeit einen anderen Namen hat. Bei einer Durchsuchung in der Wohnung seiner angeblichen Mutter wurde eine Menge Gegenstände vorgefunden, die aus dem Schlosse stammen.

† **Zum Untergang des „Drummond Castle.“** Die Annahme, daß bei dem Schiffbruch des „Drummond Castle“ keine Deutschen umgekommen seien, bestätigt sich leider nicht. Wie sich vielmehr jetzt aus der Veröffentlichung der Liste der beim Untergang des „Drummond“ ertrunkenen Fahrgäste ergiebt, befinden sich darunter folgende Deutsche: Herr Hugo mit 4 Kindern aus der Delagoabai, Lieutenant von Wiese, von Jacoby, Sage, Schlesiring, Brostein mit Frau und Tochter, Frau und Fräulein Kunklen, alle aus Kapstadt. — Dem „Berl. Tgbl.“ wird ferner aus London gemeldet, auf dem Bureau der Castle-Linie glaube man, daß es 2 Booten des „Drummond“ gelungen sei, vor dessen Untergang klar zu werden. Ueber den Verbleib dieser beiden Boote ist allerdings noch nichts bekannt. — Nach einer Meldung aus Brest sind bis jetzt 31 Leichen aus dem Schiffbruch des „Drummond“ geborgen.

Lokales.

Posen, 19. Juni.

n. **Im Enteignungsverfahren** gegen die Grundbesitzer bezw. Interessenten in der Schlacht- und Viehhofangelegenheit fand gestern ein Termin auf dem fraglichen Terrain statt.

n. **Der japanische Rittmeister Mitoke,** der zur Dienstleistung beim hiesigen 2. Leibhusarenregiment kommandirt ist, traf gestern hier ein und ist vorläufig im Hotel de Rome abgestiegen.

* **Personalnotiz.** Der Regierungs-Assessor Wilke aus Bromberg ist der Regierung zu Hannover zur dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

* **Feuer.** Gestern Nachmittag 1/25 Uhr waren Berlinerstraße Nr. 4 in den Kellerräumen des Seitengebäudes auf bis jetzt nicht ermittelte Weise leere Kisten, Kartons 2c. in Brand gerathen. Von der Feuerwehr wurde der Brand in kurzer Zeit gelöscht.

Aus der Provinz.

□ **Ostrowo,** 18. Juni. [Eisenbahnunfall.] Gestern Abend sind dem Vernehmen nach in Folge der Unachtsamkeit des Weichenstellers auf der Privatbahnstrecke Kempen-Oels bei Stradam in Schlesien zwei Personenzüge zusammengestoßen. Maschinen und Wagen sind zertrümmert, der Schaden ist bedeutend; auch sollen mehrere Personen verletzt sein. Der Verkehr war 4 Stunden lang unterbrochen und die Reisenden konnten ihre Fahrt erst nach Eintreffen von Maschinen aus Breslau fortsetzen. — (Von anderer Seite verlautet, daß niemand bei dem Zusammenstoß verletzt wurde. — Red.)

○ **Krotoschin,** 18. Juni. [Bezirkstag der Posener Fleischermeister.] Vom schönsten Wetter begünstigt, wurde gestern der Posener Bezirkstag des Deutschen Fleischerverbandes hier abgehalten. Für einen würdigen Empfang ihrer Berufsgenossen hatten die hiesigen Fleischermeister umfassende Vorbereitungen getroffen, ihre Häuser waren mit Tannengrün und Guirlanden geschmückt, auch von vielen anderen Gebäuden wehten Fahnen und Flaggen herab. Zahlreiche Guirlanden und Inschriften sind in den verschiedenen Straßen angebracht. Im Laufe des Vormittags trafen die auswärtigen Gäste, zum Theil mit ihren Angehörigen auf dem hiesigen Bahnhofe ein. Um 1/211 Uhr setzte sich der Festzug vom Bahnhof aus in Bewegung. Eröffnet wurde derselbe durch 11 Vorreiter in bunter Kleidung mit Jockeymütze, bunter Blouse und schwarz-roth-gelber Schärpe. Hierauf kam ein Galawagen, bespannt mit zwei ausgeputzten bayerischen Ochsen. Auf dem Wagen standen 4 Fleischergesellen im sauberen Arbeitsanzuge. Hinter dem Wagen ritten 3 junge Burschen gleichfalls in bunten Kostümen. Dann kamen die Musikkapelle und die Innungen mit ihren Emblemen. Der Zug bewegte sich durch die Fürstenstraße, Zdunyerstraße, um das Rathhaus herum, zurück nach der Zdunyerstraße, am Gymnasium vorbei, die Roquettestraße entlang, nach dem Schützenhause. Dort hielt Obermeister Fechner eine herzliche Begrüßungsrede, worauf der Zug sich auflöste. Um 1/212 Uhr fand eine Vorstandssitzung statt und von 3 Uhr ab wurden die Bezirksverhandlungen abgehalten.

Telegraphische Nachrichten.

Hamburg, 18. Juni. Der „Hamb. Corresp.“ meldet: Die schwedische Bark „Thrine“, von Kamerun kommend, wurde heute in Cuxhaven eingeschleppt und in Quarantäne gelegt, weil an Bord derselben eine Krankheit herrscht, an welcher der Kapitän, der Steuermann, der Schiffszimmermann und ein Matrose verstorben sind. Die Art der Krankheit ist noch unbekannt, wahrscheinlich handelt es sich um Malaria. Alle erforderlichen Vorsichtsmaßregeln sind getroffen. Heute Abend kommt das Schiff unter Bewachung zur hafenärztlichen Untersuchung nach Hamburg.

Wien, 18. Juni. Hier liegt nachfolgende Meldung aus Konstantinopel vom 17. Juni vor, wonach die aus Wan gemeldeten Vorgänge ernster waren, als in der offiziellen Meldung dargestellt wurde, und dort große Beunruhigung hervorrufen. Die Zahl der Opfer ist weit größer als 50 wie in der offiziellen Depesche angegeben wurde. Die Verhinderung der auch in armenischen Häusern verübten Gewaltthaten erwies sich in der weitausgedehnten Stadt als sehr schwierig. Die Waffen, welche bei den Armeniern vorgefunden wurden, sind von persischer oder russischer Herkunft. Der armenische Bischof von Wan hatte vor Kurzem den Wali auf die bedenkliche Stimmung unter der muhamedanischen Bevölkerung aufmerksam gemacht und Befürchtungen wegen des Ausbruches von Unruhen Ausdruck gegeben. — Auch aus anderen Orten liegen beunruhigende Stimmungsberichte vor. Es herrscht die nicht unbegründete Sorge, daß die Nachrichten von den Vorgängen in Wan auch anderwärts die Leidenschaften wieder zum Ausbruch kommen lassen könnten. Die Pforte hat den strengen Befehl ertheilt, die Hamidje-Regimenter zu veranlassen, ihre Garnisonorte nicht zu verlassen.

Budapest, 18. Juni. Die auf drei Tage anberaumte Techniker-Versammlung des deutschen Eisenbahnvereins wurde heute von dem Direktions-Präsidenten der ungarischen Staatsbahnen Ludwig mit einer Ansprache eröffnet, in welcher derselbe hervorhob, daß die ungarischen Kollegen stolz seien, ihre ausländischen Kollegen als Gäste begrüßen zu können. Ueber 100 Mitglieder sind anwesend. Nachmittags fand bei dem Direktionspräsidenten Ludwig zu Ehren der Gäste ein Festessen statt.

Rom, 18. Juni. General Dalverme, Unterstaatssekretär im Kriegsministerium hat gestern seine Demission gegeben und sich sofort nach Mailand begeben.

Moskau, 18. Juni. Prinz Nikolaus von Montenegro ist mit dem Prinzen Mirco ins Ausland abgereist. — Die Kroninsignien sind heute nach Petersburg geschafft worden.

Paris, 18. Juni. [Deputirtenkammer.] Der Kriegsminister Billot bringt einen Gesetzentwurf ein betreffend die Reorganisation des Oberbefehls in der Armee. In Beantwortung einer Anfrage über das Auffliegenlassen von englischen Tauben in Cherbourg erklärt der Minister des Innern Barthou, das Auffliegenlassen sei gemäß den Bestimmungen erfolgt; der Minister fordert die Kammer auf, einen Gesetzentwurf, wonach das Auffliegen fremder Tauben geregelt wird, zu erledigen. Alsdann berieth die Kammer den Gesetzentwurf, wonach Madagaskar zur französischen Kolonie erklärt wird. Doumergue (Rad.) bekämpft in längerer Rede den Gesetzentwurf. Destournelles fordert von der Regierung genaue Ausführungen hierüber. — Die Fortsetzung der Berathung findet am Sonnabend statt.

Paris, 18 Juni. Der Minister des Aeußern Hanotaux theilte in dem heutigen Ministerrathe mit, daß mit Rumänien ein Uebereinkommen abgeschlossen worden ist, nach welchem auf dem Seewege nach Rumänien importirten französischen Weinen, Zucker, Konserven, Textilwaaren, Konfektionswaaren, Passementerien, Papier und Porzellan bedeutende Reduktionen der sogenannten anderthalbprozentigen Zölle gewährt werden.

Paris, 18. Juni. Der internationale Verlegerkongreß ist heute geschlossen worden. Der Kongreß wird wieder im Jahre 1897 in einer näher zu bestimmenden Stadt zusammentreten.

Paris, 18. Juni. General Brière de Lisle ist gestorben.

Brüssel, 18. Juni. Heute begann vor dem Schwurgericht die Verhandlung gegen Hennin, den Kassirer der „Société générale“, welcher wegen Unterschlagungen im Betrage von über 2 Millionen Francs angeklagt ist. Hennin ist geständig.

Madrid, 18 Juni. Deputirtenkammer. Ministerpräsident Canovas verliest den Gesetzentwurf gegen die Anarchisten, welcher acht Artikel enthält.

London, 18. Juni. [Unterhaus.] Der Staatssekretär für die Kolonien Chamberlain erklärt, nach einer ihm zugegangenen telegraphischen Meldung hätten einige venezolanische Soldaten die Grenze von Britisch-Guiana überschritten und mit Vermessungsarbeiten beschäftigte britische Beamte behelligt. Der Parlamentsunterseketär des Aeußern Curzon theilt mit, der britische Konsul auf Kreta habe berichtet, daß von türkischen Soldaten 3 Kirchen entweiht worden seien, jedoch sei in dem Berichte nicht angegeben, in welcher Gegend diese Kirchen sich befänden. Die Vertreter der Großmächte in Konstantinopel seien energisch bemüht, die türkische Regierung zu den erforderlichen Schritten zur Herstellung der Ordnung und zur Verhinderung weiterer Konflikte auf Kreta zu veranlassen.

Athen, 18 Juni. (Telegramm der „Agence Havas“.) Nach einer Depesche aus Cerigo sind heute kretensische Flüchtlinge in Antikythera eingetroffen, welche von neuen Metzeleien und Brandstiftungen der Türken in den Provinzen Kissamo und Kydonia berichten. 500 Apokonioten mit einigen Sphakioten unter dem Oberbefehl von Papamelekos sind den Christen in Kissamo zu Hilfe gekommen. Die türkischen Schiffe überwachen genau die Küsten von Kreta und verhindern, daß Frauen und Kinder die Insel verlassen. Der Mangel an Lebensmitteln und Munition macht die Lage der Christen äußerst kritisch.

Athen, 18. Juni. Die griechische Regierung hat die gerichtliche Verfolgung mehrerer Journalisten wegen polemischer Artikel über die Lage auf Kreta angeordnet. Die

gerichtliche Verfolgung ist bereits eingeleitet gegen den Direktor Drossinis und den Redakteur Sotiriades vom Journal „Hestia“. Die gesammte Presse betrachtet das Irade des Sultans als einen schlechten Scherz. Die offiziöse „Palingenesia“ sagt, die Gewehre der Kretenser würden die Antwort auf das Irade geben. Das Blatt „Asty“ sagt, der Aufruf des Kretensischen Komitees in Athen sei eine indirekte Antwort auf die lächerliche Maßnahme der Pforte. Die übrigen Blätter sprechen in demselben Sinne.

Kapstadt, 18. Juni. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist unter den zwischen Umtati und Salisbury ansässigen Eingeborenen eine neue aufständische Bewegung ausgebrochen. Der Häuptling Makoni hielt am 9. d. eine Versammlung der Führer der einzelnen Stämme ab, in welcher er eine allgemeine Erhebung empfahl. Ein Theil der Häuptlinge weigerte sich, der Aufforderung Folge zu leisten, die übrigen stimmten zu. Es sollen noch mehrere Weiße ermordet worden sein.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg.“

Berlin, 19. Juni, Vormittags.

In Bentheim bei Schönebeck erschlug der Blitz fünf Arbeiter.

Die Morgenblätter melden aus Königsberg i. Pr.: In der Nähe von Hubnicken an der Samländerküste ist ein Lachskutter untergegangen. 5 Fischer sind ertrunken.

Zittau, 18. Juni. Bei Erdarbeiten in dem Kanalbau eines Privatgrundstückes verschütteten Erdmassen zwei Arbeiter. Einer ist todt, der andere schwer verletzt.

Brüssel, 19. Juni. Das „Journal de Bruxelles“ dementirt das Gerücht, die britische Regierung habe in der Angelegenheit Lothaire Berufung eingelegt.

Kairo, 18. Juni. Reutermeldung. Die Cholera ist in Kairo und Alexandrien im raschen Erlöschen begriffen. Im übrigen Theil Aegyptens nimmt aber die Sterblichkeit zu.

St. Louis, 18. Juni. Mac Kinley wurde zum republikanischen Kandidaten für die Präsidentenwürde gewählt. Bei der Abstimmung erhielt Mac Kinley 661½ Stimmen, Reed erhielt 84½, Quay 61½, Morton 58; Allison 35½ und Cameron 1 Stimme. Durch einen späteren Schlußantrag wurde die Wahl Mac Kinleys zu einer einstimmigen gemacht. Als Vizepräsident wurde Hobart-New-Jersey vorgeschlagen. Hierauf vertagte sich der Konvent auf unbestimmte Zeit.

St. Louis, 18. Juni. Das Programm des Nationalkonvents empfiehlt den Ankauf einer dänischen Insel, damit die Vereinigten Staaten auf den Antillen eine Flottenstation erhalten, da ein dringendes Bedürfniß hierzu vorliege. Betreffs der Frage der Monroe-Doktrin erklärt das Programm, daß die gegenwärtigen Besitzungen europäischer Mächte auf der westlichen Hemisphäre unter keinen Umständen sich erweitern dürfen. Das Programm drückt ferner die lebhafte Hoffnung aus, einen eventuellen Rückzug aller europäischen Mächte aus Amerika zu sehen und spricht sich schließlich rückhaltslos zu Gunsten der Unabhängigkeit Cubas aus.

Handel und Verkehr.

* **Neue Reichsbanknebenstelle.** Am 1. Juli d. J. wird in Fürstenwalde a. d. Spree eine von der Reichsbankstelle in Frankfurt a. O. abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kassen-Einrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet werden.

Wasserstand der Warthe.

Posen	am 18.	Juni	Morgens	1,40	Meter
"	" 18.	"	Mittags	1,42	"
"	" 19.	"	Morgens	1,48	"

Produkten- und Börsenberichte.

Bremen, 18. Juni. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Petroleum-Börse.) Ruhig. Loko 6,30 Br. Russisches Petroleum, loko 6,00 Br.

Schmalz. Fester. Wilcox 25 Pf., Armour shield 24¼ Pf., Cudahy 25½ Pf., Choice Grocery 25 Pf., White label 25½ Pf., Fairbanks 23 Pf.

Speck. Fester. Short clear middling loko 23 Pf.

Baumwolle. Stetig. Uppland middl. loko 38 Pf.

Hamburg, 18 Juni. (Schlußbericht.) Kaffee. Good average Santos per Juli 60¾, per Sept. 56¾, per Dezbr. 54½, per März 54¾. Ruhig.

Hamburg, 18. Juni. (Schlußbericht.) Zuckermarkt. Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Juni 10,30, per Juli 10,35, per August 10,52½, per Oktober 10,52½, per Dezember 10,55, per März 10,80. Stetig.

Paris, 18. Juni. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 28 à 28½. Weißer Zucker matt, Nr. 3, per 100 Kilogramm per Juni 29⅝, per Juli 29¾, per Juli-August 29⅞, per Oktober-Januar 30½.

Paris, 18. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Juni 20,40, per Juli 19,85, per Juli-August 19,70, per Sept.-Dezember 18,85. — Roggen ruhig, per Juni 11,15 per September-Dezember 11,20. — Mehl ruhig, per Juni 40,65, per Juli 40,90, per Juli-August 41,10, per September-Dezember 40,85. — Rüböl fest, per Juni 52¼, per Juli 52½, per Juli-August 52½, per September-Dezember 53¼. — Spiritus ruhig, p. Juni 31, per Juli 31, per Juli-August 31¼, per Sept.-Dezbr. 31. — Wetter: Schön.

Havre, 18. Juni. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Baisse.

Rio 5000 Sack, Santos 13000 Sack Recettes für gestern.

Havre, 18. Juni. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos p. Juni 71,00, per September 69,75, per Dez. 67,50. Kaum behaupt.

Amsterdam, 18. Juni. Java-Kaffee good ordinary 50½.

Amsterdam, 18. Juni. Bancazinn 37.

Amsterdam, 18. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen auf Termine fest, do. per November 142. — Roggen loko unver., do. auf Termine fest, do. per Juli 92, do. per Oktob. 93, do. p. März 95. — Rüböl loko —,—, do. per Herbst —,—, do. per Mai 1897 —,—.

Antwerpen, 18. Juni. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 17⅝ bez. u. Br., per Juni 17⅝ Br., per Juli 17⅝ Br. Fest.

Schmalz per März 56½. Margarine ruhig.

London, 18. Juni. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Bewölkt.

Berlin, 19. Juni. Wetter: Bewölkt.

Newyork, 18. Juni. Weizen per Juni 63½, per Juli 63½.

Berliner Produktenmarkt vom 18. Juni.

Es wird als sehr begreiflich zu bezeichnen sein, daß die von Nordamerika gemeldete weitere namhafte Preissteigerung nach den jüngst gemachten üblen Erfahrungen mit dem entschiedensten Mißtrauen aufgenommen wird. Gleichwohl können die Vorgänge an den Hauptmärkten Nordamerikas nicht vollkommen ignorirt werden und sie haben hier jedenfalls die Verkäufer von Weizen und Roggen in ihrer Zurückhaltung heute dermaßen bestärkt, daß dieselbige ihre zum Theil ganz merklich gesteigerten Forderungen haben durchsetzen können, wenngleich der Umsatz nach wie vor äußerst beschränkt geblieben ist. Uebrigens war zum Schluß die Haltung bereits wieder minder fest, als im Beginn des Marktes. Hafer blieb vernachlässigt, der Preis neigt zum Rückschritt. Rüböl wird spärlich angeboten und hat es zu neuer kleiner Wertherhöhung gebracht. Der Terminhandel in Spiritus war heute leblos, dennoch darf die Haltung als ziemlich fest bezeichnet werden.

Weizen loko behauptet, Termine besser bezahlt, schließen abgeschwächt. Roggen loko unbelebt, Termine etwas fester doch wenig belebt. Mais loko wenig verändert, Termine geschäftslos. Gekünd. 100 Tonnen. Hafer loko wenig verändert, Termine sehr still. Roggenmehl geschäftslos. Rüböl fester. Petroleum etwas fester. Spiritus sehr still.

Weizen loko 143—159 M. nach Qualität gefordert, Juni 147,50 M. bez., Juli 146,50—145,75—146,00 M. bez., September 141,75—141,50—142,00—141,25 M. bez., Oktober 141,75—141,50 Mark bez.

Roggen loko 109—117 M. nach Qualität gefordert, eine hier stehende Ladung fein inländischer 115,75 M. bez., Juni und Juli 112,75—112,50 M. bez., Sept. 114,50—114,00 M. bez., Oktober 115,00 M. bez.

Mais loko 90—94 M. nach Qualität gefordert, Juni 91 Mark nom.

Gerste loko per 1000 Kilogr. 113—170 M. nach Qualität gefordert.

Hafer loko 123—148 M. per 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, mittel und guter ost- und westpreußischer 127—134 M. bez., do. pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 128 bis 134 Mark bez., feiner preußischer, mecklenburgischer und pommerscher 135—140 M. ab Bahn bez., russischer 127—130 M., fein russischer 133—135 M. frei Wagen und ab Bahn bez., Juni 123,25 M. nom., Juli 121,25 M. bez.

Erbsen. Kochwaare 143—160 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 121—132 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 145—160 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 20,50—18,50 Mark bez., Nr. 0 und 1: 16,50—13,50 Mk. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: 15,50 bis 14,75 M. bez., Juli 15,30 M. nom.

Rüböl loko ohne Faß 44,8 M. bez., Juni 45,4 M. bez., Oktober 45,4—45,5 M. bez., November 45,5 M. bez.

Petroleum loko 20,9 M. bez., Juni 20,9 M. bez., September 21,2 M. bez., Oktober 21,4 M. bez., November 21,6 Mark bez., Dezember 21,8 Mark bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß — M. bez., unversteuert zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 34,0 M. bez., Juni 38,1 M. bez., Juli 38,3 M. bez., August 38,5 M. bez., September 38,7 M. bez., Oktober 38,4 M. bez.

Kartoffelmehl Juni 14,30 M. bez.

Kartoffelstärke trockene, Juni 14,30 M. bez.

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Mais auf 91 Mark per 1000 Kilo. (M. S.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20. 1 Gulden österr. W. = 1,70 M. 7 Gulden südd. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1,70 M. 1 Franc, 1 Lira oder 1 Peseta = 0,80 M.

Bank-Diskont. Wechsel v. 18 Juni

	Diskont	Sicht	Kurs
Amsterdam	3	8 T.	168,35 B.
London	2	8 T.	20,38 bz G
Paris	2	8 T.	80,95 G
Wien	4	8 T.	170,00 bz
Italien. Pl.	5	10 T.	75,65 bz
Petersburg	5½	3 M.	213,80 bz
Warschau	5½	8 T.	216,00 bz

Bk. P. 3. Lomb. 3½ u. 4. Private. 2¾ bz

Geld, Banknoten u. Coupons.

Sovereigns	20,38 G
20 Francs-Stück	16,19 bz G
Gold-Dollars	
Amerik.Not. 1 Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd.Sterl.	20,36 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	81,05 bz G
Oestr. Noten 100 fl.	170,10 bz
Russ. Noten 100 R.	216,45 bz
Russ.Not. ult.Juni	
do. do. do. Juli	

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	105,80 bz
do. do.	3½	104,50 bz B.
do. do.	3	99,50 bz G
Preu.cons.Anl.	4	105,60 bz G
do. do.	3½	104,70 B.
do. do.	3	99,80 bz
Sts.-Anl. 1868	4	
Sts.-Schld-Sch	3½	100,25 bz
Berl.Stadt-Obl	3½	101,40 bz G
Ostpr.ProvAnl	3½	101,40 G
Pos.Prov.-Anl.	3½	100,70 bz
do. do. I.	3	95,50 B.
Pos.Stadt-Anl.	3½	101,25 bz
Pfandbriefe: Berliner	5	121,00 bz
do.	4½	118,60 G
do.	3½	105,00 bz
Ctrl.Ldsch	4	
do. do.	3½	100,50 bz B.
Kur.u.Neumrk. neue	3½	101,60 G
do.	4	
Ostpreuss	3½	100,50 bz
Pommer.	3½	100,30 G
do.	4	
Posensch.	4	101,40 G
do.	3½	100,40 G
Schles. ldsch. Lt.A	3½	100,10 G
do.	4	
do.neu do.	3½	100,10 G
do. do. C.	4	
Wstp Rittr	3½	100,10 G
do.neul. II.	3½	100,10 G
Renten: Pommer.	4	105,10 bz
Posensch.	4	105,10 bz
Posensch.	3½	101,70 bz
Preuss.	4	105,70 G
Schles.	4	104,75 bz
?.Eisenb.-A.	4	104,30 G
Bayer. Anleihe	4	104,60 bz G
Br. ... A. 1883	3½	102,70 G
Hmb. Sts.Rent.	3½	106,00 G
do. do. 1886	3	98,10 G
do. amort.Anl.	3½	100,75 G
Mecklenb.Anl.	3½	101,20 G
Sächs. Sts.Anl.	3½	
Sächs. Staats-Rnt.	3	98,70 bz

Loospapiere.

Bad. Präm.-Anl.	4	146,25 B.
Bayr. Pr.-Anl.	4	
Braunsch.20T.L.	—	106,40 bz
Dess. Pr.-Anl.	3½	

Finnische L.	—	
Freiburger L.	—	
Ham. 50T.-L.	3	
Löb. 50T.-L.	3½	
Köln-M. Pr.-A.	3½	139,40 G
Mail. 45 Lire L.	—	
Mail. 10 LireL.	—	
Mein. 7Guld-L.	—	
Oest.1854erL.	3½	
do. 1858erL.	—	336,00 G
do. 1860erL.	4	152,30 bz
do. 1864er L.	—	335,00 bz
Oldenb. Loose	3	129,75 bz
Raab-GratzerL	2½	
Russ. 1864 Pr.	5	192,10 G
do. 1866 Pr.	5	169,00 bz
Türkenloose	—	108,20 bz
Ung. Pr. Loose	—	270,75 bz
Venet. Loose	—	

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	65,60 bz G
do. 1888	4½	56,30 B.
Bukar.Stadt-A.	5	100,25 bz G
Buen. Air. Obl.	5	38,50 G
Chines. Anl.	5½	105,40 G
Dän.Sts.-A.86.	3½	
Griech. Gold-A	5	
do. cons. Gold	4	27,30 bz G
do.Monop-Anl.	4	
do. Pir.-Lar.	5	
Italien. Rente	4	88,75 B.
do. amort.-Rt.	4	
Mexikan. An.	6	95,80 bz
do. neue 90-er Anleihe	6	95,90 bz
do. 5% E.-B-A.	5	86,40 bz
Oest. G.-Rent.	4	104,20 bz B.
do. Pap.-Rnt.	4½	
do. 1/1 Silb.-Rt.	4½	101,60 G
do. A/O do.		
do. Kronen-oblig(Localb)	3	84,70 bz
Poln. Pf.	4½	
do. Liq.-Pf.-Br	4	
Port.A 88—89	4½	40,90 G
do. Tabak-Anl.	4½	94,90 G
Röm. Stadt-A.	4	91,50 B.
do. II. III. VI.	4	88,00 B.
Rum. Staats-A.	4	87,90 bz
do. Rente 90	4	87,90 bz
do. do. fund.	5	102,70 bz
do. do.amort.	5	99,80 B.
do. do. 92	5	99,40 bz G
Rss.cs.1880A.	4	103,00 bz
do. Gd.1889A.	4	
do. do.1890A.	4	
do. cs. E.-B. O.	4	104,20 bz
Russ 4 Staatsrente v. 1894.	4	66,90 bz
Bodkr.-Pfdbr.	5	121,10 G
do. neue	4½	105,30 bz
Schwedische	3½	
Schw. d. 1890	3½	
do. 1883	4	102,20 G
Serb.Gld-Pfdb.	5	87,70 B.
do. Rente 84	4	
do. neue 95	4	67,10 bz G
Span. Schuld.	4	64,75 G
TürkA.1865C.	1	
do. do. D.	1	21,40 B.
do. Administr.	5	94,75 bz
do.Consol.90	4	
Ung. Gld-Rent.	4	104,00 G
do. Kronen-R	4	99,60 B.
do. Gld.-Inv.-A.	4½	104,10 G
do.Tem-Bg.-	5	

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	2½	89,00 bz B.
Altdamm-Colb	4¼	118,75 bz
Altenbg.-Zeitz	10,50	
Crefelder	3	110,40 bz
Crefld-Uerdng	5½	165,00 G
Dortm.-Ensch.	5	154,90 bz
Eutin. Lübeck	1¼	56,25 bz
Frnkf.-Güterb.	4½	91,60 bz G
Halberst Blank	5½	128,50 bz G
Ludwsh.-Bexb.	10	242,25 bz G
Lübeck-Büch.	6	152,60 bz
Mainz-Ludwsh	5	119,00 bz G
Marnb.-Mlawk.	2	89,10 bz
Meckl Fr.Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,50 bz G
Ostpr. Südb.	⅓	91,00 bz
Saalbahn	⅔	
Stargrd-Posen	4½	
Weimar-Gera.	0	
Werrabahn	2,61	
Aussig-Teplitz	15	
Böhm. Nordb.	8	
do. Westb.	8	
Brünn. Lokalb.	5½	108,00 G
Buschtherader	10¾	
Dux-Bodenb	5	
Galiz. Karl-L.	5	
Graz-Köflach	5,24	
Kaschau-Od	4	
Lemberg-Cz	7	
Oester Staatsb	6⅔	152,00 bz
do. Lokalb.	3½	
do. Nordw.	5½	
do.Lit.B.Elb.	5¾	
Raab-Oedenb.	1½	52,50 bz G
Reichenb.-P	4 2/7	
Südöstr.(Lb.)	4/7	44,00 bz
Ungar.-Galiz	5	
Balt.Eisenb.	3	66,10 bz
Donetzbahn	—	
Ivang. Domb.	5	
Kursk-Kiew	9 3/5	
Mosco-Brest	3	74,25 G
Russ. Staatsb.	—	
do. Südwest.	—	
Wrsch.-Teres.	5	116,25 G
Wrsch.-Wien.	10⅝	
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd.	3	
Canada-Pacif.	2½	59,75 bz B.
Gotthardbahn	7⅖	172,75 bz
Ital. Mittelm.	5	94,00 bz G
Ital.Merid.-Bah	6⅖	124,80 bz
Lüttich-Lmb.	0,8	39,60 bz B.
Lux. Pr. Henri	4	86,90 bz
Schweiz.Centr	5½	140,75 bz
do. Nordost	6	140,60 bz
do. Unions.	4	91,00 bz G
Westsicilian	3⅕	58,75 bz

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm.Colberg	4,5	122,50 bz G
Bresl.-Warsch	1 77/80	70,00 bz B.
Dortm.-Gron.	5	151,75 bz
Paul.-Neu-Rup	5½	
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	4	
Marienb Mlawk	5	123,30 bz G
Mecklb. Südb.	—	
Ostpr. Südb.	5	119,50 bz
Saalbahn	5	
Weimar-Gera	4½	

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Bresl-Warschauer Bahn	4	
Gr Berl.Pferde Eisenbahn	3½	100,70 G
Mainz-Ludwh.	4	
do. do.	3½	
Nordd. Lloyd	4	
Oberschl.	3½	
do. (StargPos)	4	
Ostpr Südbahn	4	
do. do.	4	
Werrab. 1890	4	
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-Prag G-Pr	5	
do. 1891	4	
Franz.-Josefb.	4	
Gal K Ludwgbg 1890	4	100,00 bz
Kasch-Oderb. Gold-Pr.g.	4	103,20 B.
KronpRudolfb.	4	100,70 bz
do.Salzkammg	4	103,50 bz G
LmbCzern.stfr	4	99,50 bz G
do. do. stpfl.	4	
Oest.Stb.alt.g.	3	94,75 G
do. Staats-I.II.	5	117,10 G
do. Gold-Prio.	4	105,50 G
do. Lokalbahn	4	101,80 bz G
do.Nordwestb.	5	111,50 G
do. NdwB.G-Pr	5	115,80 B.
do. Lt. B.Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	86,10 B.
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Südöst-B.(Lb.)	3	72,30 bz G
do. Obligation.	5	110,20 G
do.Gold-Prior.	3	101,60 G
Ung Eis-B.G-A.	4½	
do. do. S.-A.	4½	102,10 G
Baltische gar.	5	
Brest-Grajewo	5	
Gr.Rss.Eis.gar	3	
Ivang.-Dom. g.	4½	104,80 bz G
Kozl-Wor. g.	4	
do. 1889	4	101,25 bz B.
Ku.CharAs.(O)	4	101,20 B.
do. (Ob.) 1889	4	101,20 bz B.
Kur.-Kiewconv	4	102,00 G
Losowo-Seb.	5	
Mosco-Jarosl.	5	
do. Kursk g.	4	98,60 B.
do. Rjäsan g.	4	102,80 G
do. Smolen g.	5	104,60 bz
Orel-Grjasy c.	4	
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozl. g	4	101,70 bz B.
Rjäsan-Uralsk-Obligat.	4	103,10 G
Rjaschk-Mor.g	5	
Rybinsk-Bol.	4	102,10 bz G
Südwestb. gar.	4	102,60 G
Transkauk. g.	3	93,50 bz G
War.-Wienn.	4	104,60 B.
Wladikaw.O.g	4	102,60 G
Zarskoe-Selo	5	
Anat. Gold-Obl	5	89,90 bz G
Gotthardb. cv.	3½	102,90 G
Sicilian.Gld.-P	4	88,00 bz
do. do.v.1891	4	
Ital. Eisb.-Obl.	3	53,20 bz G
Italien Mittelm	4	96,30 B.
Macedonier	5	57,25 bz G

Coste de Minas	5	88,25 B.
Portugies. Obl.	3	67,00 bz G
Sardinische Obl.	4	81,00 bz G
Süd-Ital. Bahn	3	56,25 G
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	101,50 bz
Northern Pac. I.	6	112,80 bz G
do. do. II.	6	
do. do. III.	6	
do. do.	5	
San Louis-Franc.	6	110,50 G
San Louis Franc.	5	97,00 G
do. do. West.	4	69,40 bz G
Southern Pacific	6	108,70 bz

Hypotheken-Certifikate

Dtsche Grd.-Kr.-Pr. I	3½	
do. d. II.	3½	117,00 bz
do. III. IV. abg.	3½	104,90 G
do. do. V. abg.	3½	100,00 G
Dtsch. Gr. K. VI.	4	103,50 bz G
do. do. VII.	4	104,30 G
do. Hp.B.Pf.IV.-V.VI.	5	113,00 G
do. do.	4	101,20 bz G
do. do.	3½	100,00 bz G
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	100,50 G
do. do. (unkündbar bis 1./1.1900)	4	103,00 bz
do. do (rz 100)	3½	100,00 bz
do. do. bis 1905	3,50	101,25 bz G
MeiningerHyp.-Pfdb.	4	100,00 bz G
dto. 42 bis 1900 unkb. Hyp.-Pfdbr.	4	103,20 bz G
Pomm. Hypoth.-Akt. do. 42 bis 1904	4	105,50 bz G
unnb. Hyp.-Pfdbr.	4	103,40 bz G
do. IX/X.unk.b.1906	4	106,00 G
do. II/III.unk.b.1906	3,5	101,50 G
B-Pfandbr. III. u. IV.	4	100,00 G
Pom. Hyp. V. VI.	4	103,40 bz G
P.B.-Cr.unkb(rz110)	5	115,50 G
Pf.Br. III.V.VI(rz100)	5	108,00 bz G
do. do. (rz.115)	4,5	117,00 G
do. do. X (rz.110)	4,5	113,00 G
do. do. (rz.100)	4	101,50 G
Pr. Cent.-Pf. 86-89	3,5	99,80 G
do. 1890unk.1900	4	103,50 B.
do. 1894 unk.1900	3,5	100,75 bz G
do. 1896 unk.1906	3,5	102,00 bz G
do. Com.-Obl.87/91	3,5	99,80 G
do. 1896 unk.1906	3,5	102,00 bz G
Pr.Hyp.-B. I.(rz.120)	4,5	
do. do. VI. (rz.110)		
do.div.Ser.(rz.100)	3,5	100,40 bz G
do. do. (rz.100)	3,5	101,30 G
Prs.Hyp.-Vers.-Cert.	4	100,00 G
do. do. do.	3,5	100,00 bz G
Preuss. Hyp.-V	4	104,80 G
do. Pfdbr. Bk. 1905	3,5	101,30 G
do. do. Kl. Bahn	3,5	102,10 G
Sch.Bod.-Cr. b.1903	4	105,30 G
Schles.B.Cr.(rz.100)	4	100,90 G
do. do.(rz.100)	3,	
Stettin. Nat. Hyp. Cr. do. do.(rz.110)	4,5	109,90 G
do. do.(rz.110)	4	107,00 G
do. do.(rz.100)	4	102,50 G

Bankpapiere.

Bank f. Rheinl.	6½	122,60 G
B.f.Sprit-Prod.H	3½	70,80 G
Berl. Cassenver.	5⅔	127,30 bz G
do.Handelsges.	8	149,00 bz G
do. Maklerver.	9	124,50 bz G
do. Prod-Hdbk.		116,50 G
Börsen-Hdlsver.	6	114,10 G
Bresl. Disc.-Bk.	7	118,25 bz G
Wechslerbk.	5½	105,40 G
Danz.Privatbank	8	
Darmstädter Bk.	7	
do. do. Zettel	4½	
Deutsche Bank	10	187,30 bz B.
do. Genossensch	6	121,00 G
do.Hp.Bk.75pCt	6	128,60 G
Disc.-Command.	10	207,90 bz
Dresdener Bank	8	158,75 bz
Gothaer Grundcreditbank	4	128,50 G
Königsb. Ver.-Bk	5	106,60 G
Leipziger Credit	11	212,25 G
Magdeb. Priv.-Bk	5	109,80 G
Maklerbank	7	108,10 G
Mecklenb.Hyp.u. Wechs.	8	159,50 G
Meininger Hyp.-Bank 70pCt.	6	131,00 G
Mitteld.Crdt.-Bk.	5½	109,75 B.
Nationalbk. f. D.	8½	140,40 bz
Nordd. Grd.-Crd.	5	109,00 bz G
Oester.Credit-A.	11⅞	218,75 bz
Petersb.Disc.-Bk	18	
do. Intern.Bk.	15,12	
Pomm.Verz.-Akt	6½	144,10 G
Posen. Prov.-Bk.	4	107,10 G
Pr. Bodencr.-Bk.	7	142,75 bz B.
do. Cnt-Bd70pCt	5	174,50 G
do.Hyp.-Akt.-Bk.	6½	136,50 bz G
do.Hyp.-V. A. G. 25 pCt.		
Rh.-Westf.-Bank	6	127,10 G
Reichsbank	6,28	158,80 bz G
Russische Bank	12	
Schaffhaus.-Bk.	7	138,60 bz G
Schles. Bankver.	7	129,60 bz
Warsch. Comerz	11	
do. Disconto	9,30	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	11	245,25 bz G
Brauer. Berl.-Charl.	—	565,00 bz G
do. Neust.	—	89,00 G
Hann.-St.P.	3½	104,00 G
Humboldth.	6	
Kurfürst	—	
Moabit	3	
Passage	4	94,00 bz G
Weissens.	—	555,00 G
Berl. Elekt.-W.	12½	249,75 bz G
Berl. Holzcomt.	5½	111,30 bz G
Berl. Lagerhof	2	113,00 bz
do. do.St.-Pr.	5	
Ahrens Br., Mbt.	4½	114,25 bz G
Berl. Bock-Br.	8	169,75 G
Königstd. Br.	6	148,50 bz B.
Landré Br.	13	247,75 B.
Münch. V.-Br.	6½	129,60 G
Patzenhofer Br.	5	238,60 bz G
Schultheiss-Br.	14	293,75 bz G
Hugger Br.	10	147,25 G
Bresl. Oelw.	3½	93,75 bz B.
do. Sprit-A.-G.	8½	134,60 B.
Brodfabrik	12	179,25 G
Butzke Metall	4	128,00 bz B.
Chem.Fab. Milch	6	131,60 G
Ch. F. Anglo. G.	4¼	100,10 G
Ch.F. Leopoldsh.	4¼	91,00 bz G
do. St. Pr.	5	124,50 G
Ch. F. Oranienb.	12	
Ch. F. Union	3	111,90 G
Danziger Oel	3	95,20 bz G
do. St. Pr.	5	108,00 G
Dtsch.Thonröhr.	8	136,75 bz G
Dynamit Trust.	10	170,00 bz B.
Egestrff. Salz	8	119,00 G
Gummi HarWien	22	369,50 G
do. Schwanitz	10	212,00 bz
do. Voigt Winde	6	134,50 G
Masch.- u. Eisenb.-Bedarfsanstalt: Anhalter	0	10,00 B.
Berl. Anh.	6	142,30 G
Bresl.Lnk.	10	194,25 bz G
do. Hofm.	9	169,90 bz
Chemnitz	3	127,50 G
Flöther	8	133,25 bz G
Germ.V.-Akt.	0	83,25 bz G
GörlitzKörn.	12	234,50 bz G
Görl. Lüdr.	12	220,00 bz G
H. Pauksch	4½	116,50 G
Lud. Löwe	20	343,75 bz G
Pomm. cv.	4½	75,40 G
Schwarzk.	13½	276,00 bz G
Stett.-Vlk.-B.	6	163,50 bz G
Stett. St.Pr.	6	168,75 bz G
Sudenburg	10	199,00 G
Ob.-Schl. Portl.-Cement	6	120,25 G
Oppeln. Cem.-F.	7½	138,10 G
do. (Giesel)	5½	115,50 bz G
Bresl.Pferde-Bh.	8½	181,00 G
do. Elektr.Bhn.	8	185,50 G
Charlottenburg.	—	
Gr.Berl.Pferdeb.	12½	350,40 bz G
Posen. Sprit-F.	12	149,80 bz
Sächs. Kamg.	8	122,50 bz G
Hb. Pakf. Tr.-G.	5	129,25 bz
Nordd. Lloyd Transp.-G.	0	115,20 bz
Fraust. Zucker	12	115,75 G
Glauz. Zucker	4½	112,50 bz G

Bergwerks- u. Hüttenges.

Berzelius	6	138,00 bz G
Boch. Gussstahl	5	157,90 bz
Bonifacius	4	121,00 bz G
Concordia	7⅓	184,50 bz G
Consolidation	12	230,25 bz
Courl. Bgw.	5	134,30 bz G
Dannenbaum	2½	98,25 bz G
Donnersmarck.	8	148,50 bz G
do. cv.	6	
Dtm. Union P. A.	0	47,60 bz G
Eschweiler	8	166,00 bz G
Gelsenkirchen	7	169,75 bz G
Hörder Bergw.	3	108,25 bz G
Hugo Bgw.	7	
Inowracl. Salz	2¼	57,60 G
Kölner Bgw.	9	185,10 bz G
König u. Laura.	4	153,00 G
do. P. A.		
Lauchham. cv.	4½	113,00 bz G
do. conv.	6	
Louis. Tief.St.-P.	0	75,50 bz G
do. P. A.	0	109,90 bz
Marienh. Ktz.	2½	82,00 bz G
Oberschl. Bed.	⅓	82,50 bz B.
do. Eisen-Ind.	⅓	108,60 bz G
Phönix, Lit. A.	6	167,25 G
Pluto	8½	168,25 bz G
do. St. P.-A.	8½	168,50 bz G
Redenh. St.-Pr.	0	15,20 B.
Lit. A.	0	34,25 bz G
Rh.Anthr.Nassau	1	94,10 bz G
Riebeck. Wk.	10	182,00 bz
Schl. Zinkhütte	9	210,75 G
do. do. St.-Pr.	9	210,75 G
Stolb. Zink-H.	2	66,10 bz G
do. St.-Pr.	6	142,00 bz G
Tarnowitz L. A.	0	19,60 bz
West. Un. cv.	1	
do. Pr.	7	156,25 bz G

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen